

Bonn, den 19. Januar 2023

DPVKOM ruft zu weiteren Streiks bei der Deutschen Post auf!

Die DPVKOM ruft zu weiteren Streiks bei der Deutschen Post auf. So werden am heutigen 19. Januar ab 19:00 Uhr bis morgen früh 7:00 Uhr Betriebsstätten in den Niederlassungen Betrieb Frankfurt und Betrieb Wiesbaden bestreikt. Dazu zählen im Einzelnen das Paketzentrum Obertshausen, das Briefzentrum Frankfurt und der Transportbereich in der Niederlassung Betrieb Frankfurt sowie das Paketzentrum Rodgau in der Niederlassung Betrieb Wiesbaden.

Ab dem morgigen 20. Januar, 7:00 Uhr, bis zum 21. Januar, 19:00 Uhr, werden dann erneut Betriebsstätten in der Niederlassung Betrieb Karlsruhe sowie erstmals auch in der Niederlassung Betrieb Mannheim bestreikt. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um die Paketzustellbasis in Knielingen und in Rastatt sowie die Zustellstützpunkte Bad Bergzabern, Böchingen, Landau, Rastatt und Wilgartswiesen (alle Niederlassung Betrieb Karlsruhe) und um die Paketzustellbasis und den Zustellstützpunkt Kaiserslautern (Niederlassung Betrieb Mannheim). Die DPVKOM rechnet in den bestreikten Bereichen mit insgesamt rund 350 Beschäftigten, die sich an dem Streik beteiligen werden. Das hat zur Folge, dass es in den kommenden Tagen zu erheblichen Ausfällen und Verzögerungen bei der Brief- und Paketzustellung in weiten Teilen Hessens, im Bereich Aschaffenburg, in Nordbaden und in der Pfalz kommen wird. Aufgrund des Streiks werden rund 120.000 Pakete sowie etwa rund 170.000 Briefsendungen nicht bearbeitet, nicht zugestellt oder weitertransportiert.

Mit der Ausweitung der Streiks der Fachgewerkschaft DPVKOM soll noch einmal der Druck auf die Deutsche Post AG erhöht werden. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens erwarten, dass die Deutsche Post endlich ein Angebot vorlegt, das signifikante Entgeltverbesserungen für die etwa 160.000 Tarifbeschäftigten vorsieht. „Die Mitarbeitenden des Unternehmens leisten Tag für Tag eine tolle Arbeit und halten den Laden am Laufen. Das muss sich nun auch in deutlich höheren Löhnen widerspiegeln, zumal gerade auch die Beschäftigten in den unteren Entgeltgruppen – dazu zählen Mitarbeitende in den Brief- und Paketzentren, im Transportbereich oder auch Zustellerinnen und Zusteller – unter der hohen Inflation leiden. Die Menschen im Unternehmen brauchen de facto mehr Geld im Portemonnaie“, so die DPVKOM-Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus. Und weiter: „Angesichts eines prognostizierten Rekordgewinns von 8,4 Milliar-

den Euro für das abgelaufene Geschäftsjahr 2022 ist auch genügend Geld für eine deutliche Lohnerhöhung vorhanden.“

Die DPVKOM fordert 12 Prozent mehr Entgelt, eine Mindesterhöhung der Monatsentgelte der unteren Entgeltgruppen um 500 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten sowie eine Höhergruppierung bestimmter Beschäftigtengruppen. Dessen ungeachtet fordert die DPVKOM die Deutsche Post auf, zeitnah die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte steuer- und sozialabgabenfreie Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro auszus zahlen.